

„Kommune beugt vor!“

DFK und Landespräventionsgremien stellen neues Beratungsinstrument für Kommunen vor

Marcus Kober

Die kommunale Kriminalprävention ist ein wichtiger Baustein in der deutschen Sicherheitsarchitektur. Insbesondere die kommunalen Präventionsgremien können ein Motor der lokalen Präventionsarbeit sein und sollten daher gestärkt und unterstützt werden. Seit Anfang der 1990er-Jahre haben sich kommunale Präventionsgremien bundesweit in großer Zahl gegründet. Die Bedeutung der Kommune als Akteur der Kriminalprävention wird vielerorts gesehen und durch gelebte Aktivitäten unter Beweis gestellt. Es kann daher auf einen reichen Erfahrungsschatz aus der Präventionspraxis sowie der wissenschaftlichen Begleitforschung zurückgegriffen werden.

Um die Arbeit der kommunalen Präventionsgremien noch bedarfsgerechter, zielgerichteter und intensiver begleiten zu können, hat die Stiftung Deutsches Forum Kriminalprävention (DFK) gemeinsam mit den Landespräventionsgremien der Länder Baden-Württemberg, Brandenburg, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Schleswig-Holstein unter dem Titel „Kommune beugt vor!“ einen Beratungsordner konzipiert, der jetzt den kommunalen Gebietskörperschaften für ihre Präventionsarbeit zur Verfügung gestellt wird.



Interessierten, die sich erstmalig mit kommunaler Prävention auseinandersetzen oder die sich damit beschäftigen, ein kommunales Präventionsgremium zu gründen, stellen sich eine Reihe von Fragen: Was haben wir davon, uns mit dem Thema zu beschäftigen? Wer sollte in einem Präventionsgremium mitwirken? Wie lässt sich kommunale Prävention organisieren? Die Liste ließe sich fortsetzen. Mit zunehmender Erfahrung in der Präventionsarbeit verändern sich die Themen, doch werden die Fragen nicht weniger. Es geraten dann Aspekte wie die Situationsanalyse vor Ort, das Projektmanagement, die Suche nach wirksamen Maßnahmen oder Evaluation in den Mittelpunkt des Interesses.

Bei der Klärung dieser Fragen unterstützen in vielen Ländern Beraterinnen und Berater der Landespräventionsgremien. Deren Erfahrung zeigt, dass die zeitlichen Ressourcen der Praktiker/-innen in den Kommunen, sich in diese verschiedenen Sachthemen einzuarbeiten, begrenzt sind. Vorhandene Ratgeber und Fachliteratur werden vielfach als zu umfangreich, zu wenig praxisorientiert und deren Lektüre daher als belastend empfunden.

Ein zentrales Anliegen des Beratungsordners besteht darin, den Interessenten/-innen Informationen bedarfsorientiert dann an die Hand geben zu können, wenn sie aktuell von diesen nachgefragt werden.

Er ist daher in Kapitel untergliedert, die von ersten Vorüberlegungen über die Gründung eines Gremiums bis zu spezifischen Aspekten der Präventionsarbeit begleiten sollen. Je nach Interesse und Anliegen finden sich in neun Kapiteln Informationen zu folgenden Themen:

- **Konzept** – Hier werden die Entstehung des Konzeptes der kommunalen Prävention, dessen Verbreitung in Deutschland sowie bestimmende Strukturelemente vorgestellt. Was sind gute Gründe für die kommunale Prävention und welche typischen Vorbehalte gibt es?

- **Gremiengründung** – In diesem Kapitel steht der Gründungsprozess eines Präventionsgremiums von den ersten Vorüberlegungen über die Teilnehmerauswahl bis zur konstituierenden Sitzung im Vordergrund. Eine Checkliste für die Durchführung einer Auftaktveranstaltung ergänzt dieses Kapitel.
 - **Situationsanalyse** – Besondere Bedeutung wird einer anfänglichen Bestandsaufnahme der konkreten Situation vor Ort beigemessen. Warum diese so wichtig ist und wie sie durchgeführt werden kann, dazu finden sich Hintergründe und Materialien.
 - **Strategie** – Den ermittelten Bedarfen werden vorhandene Ressourcen gegenübergestellt. Unter Einbeziehung der entwickelten Strukturen und Prozesse lässt sich daraus eine kommunale Strategie verdichten.
 - **Projektmanagement** – Viele konkrete Maßnahmen werden in Projektform durchgeführt. Wie dies strukturiert gut gelingt, wird in diesem Kapitel vorgestellt.
 - **Themen** – Wohnungseinbruch, häusliche Gewalt, Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum und vieles andere mehr. Kommunale Prävention kann viele verschiedene Handlungsfelder in den Blick nehmen. Einige ausgewählte Bereiche werden hier vorgestellt.
 - **Evaluation** – Nicht immer geliebt, aber in vielerlei Hinsicht nützlich. Warum das so ist, wird hier erörtert.
 - **Programme und Projekte** – Für viele Problemstellungen muss das Rad nicht neu erfunden, sondern es kann auf Bewährtes zurückgegriffen werden. Es wird dargestellt, welche Vorteile evidenzbasierte Ansätze bieten und wo man diese findet.
 - **Kontakte** – Vernetzung ist nicht nur in der eigenen Kommune wichtig. Wo finden sich Hilfe und Unterstützung? Für verschiedene Anliegen und Fragen sind Ansprechpartner auf Landes- und Bundesebene zusammengestellt.
- Inhaltlich werden Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung und Erfahrungen aus der Beratungspraxis aufgegriffen sowie vorhandene Materialien der Landespräventionsgremien zugrunde gelegt. Der Beratungsordner ist als Loseblattsammlung angelegt und kann dadurch leicht aktualisiert und ergänzt werden. Er unterstützt dabei, dass

Checkliste Gremiengründung¹

Diese Checkliste soll Ihnen helfen bei den Vorbereitungen zur Gründung eines Präventionsgremiums an wichtige Aspekte zu denken. Nicht alle Punkte müssen für Sie relevant sein.

Bestehen Problemlagen, die die Sicherheit in der Kommune oder das Sicherheitsgefühl der Bewohner:innen beeinträchtigen? Welche Probleme sind das?

.....

Bestehen bereits Bestandsaufnahmen lokaler Problemlagen und / oder bereits bestehender, ggf. ausbaufähiger Handlungsansätze?

- zur Sicherheitslage (z.B. polizeiliche Lagebilder o.ä.)
- zum Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung
- zu bestehenden Angeboten und Maßnahmen

Besteht die Bereitschaft die Präventionsarbeit auszubauen und konzeptionell weiterzuentwickeln? Bei ...

- dem / der Bürgermeister:in
- der Polizeiführung
- tangierten Fachverwaltungen

Gibt es einen Beschluss des Stadt- oder Gemeinderates zur Gründung eines Präventionsrates?

Sind Schlüsselpersonen identifiziert und bereit, im Rahmen einer Lenkungsgruppe Aufgaben der Steuerung, Administration und Koordination des Präventionsrates zu übernehmen?

Ist die Verankerung einer Ansprech- und Koordinierungsstelle in einem Verwaltungsbereich bzw. federführenden Amt gewährleistet und personell ausreichend unterlegt?

Ist geklärt, welche Akteur:innen in die weitere Entwicklung des Präventionsrates einbezogen werden sollen? Werden die verschiedenen Akteursgruppen und Stakeholder ausreichend berücksichtigt?

- Verwaltung
- Polizei
- Trägerlandschaft
- Zivilgesellschaft
- Bewohner:inneninitiativen

Werden Erfahrungswerte und Schnittmengen mit vergleichbaren Netzwerken und Gremien, die Querschnittsthemen ressortübergreifend und mit Beteiligung der Bürgerschaft (Lokale Aktionspläne o.ä.) bearbeiten, berücksichtigt? Sind Regeln für die Tätigkeit des Präventionsrates entworfen worden?

- Vorsitz & Geschäftsführung
- Ort, Zeit und Turnus der Sitzungen
- Entscheidungsverfahren
- Protollformat und -führung, Dokumentation
- Regeln zur Information der Öffentlichkeit
- Entwurf einer Geschäftsordnung

¹ Basierend auf Arbeitsstelle Jugendgewaltprävention (Hrsg.) (2017). Handlungsleitfaden Bezirkliche Prävention. Berlin.

kommunale Akteure von vorhandenen Erfahrungen profitieren und im Sinne von „good practice“ leichter voneinander lernen können. Redaktionell stehen die Praxisrelevanz und eine gute Lesbarkeit sowie eine pointierte knappe Darstellung im Vordergrund. Dies ermöglicht es, aktuelle Erkennt-

nisse aus Praxis und Wissenschaft redaktionell aufzubereiten und zeitnah in den Ordner einpflegen zu können. Auch neue Themen lassen sich jederzeit ergänzen.

Sukzessive sollen weitere Inhalte bedarfsorientiert aufbereitet und zur Ergänzung bereitgestellt werden. Zudem bietet der Ordner genug Raum, auch eigene orts- oder landesspezifische Materialien dort abzulegen. Nutzer/-innen haben alle Informationen zur kommunalen Prävention damit an einem Ort stets zur Hand.

Interessenten/-innen erhalten den Beratungsordner „**Kommune beugt vor!**“ bei den beteiligten Landespräventionsgremien.

Marcus Kober M.A. ist Politikwissenschaftler und wissenschaftlicher Mitarbeiter beim DFK.
Kontakt: marcus.kober@bmi.bund.de

